Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz

// FACHGRUPPE GRUNDSCHULE //

GEW Rheinland-Pfalz • Martinsstraße 17 • 55116 Mainz

Martinsstraße 17
Eingang Mathildenstraße
55116 Mainz
Tel.: 06131 28988-0
Fax: 06131 28988-80
gew@gew-rlp.de

www.gew-rlp.de
www.facebook.com/GEW.RLP
twitter.com/gew_rlp

Frau Staatsministerin
Dr. Stefanie Hubig
Ministerium für Bildung
Mittler Bleiche 61
55116 Mainz

27. Mai 2020

Offener Brief: Arbeits- und Gesundheitsschutz an Grundschulen

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hubig,

die GEW Fachgruppe Grundschule wendet sich an Sie, weil uns die Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Beschäftigten und Schülerinnen und Schüler an den Schulen auch im Blick auf das nächste Schuljahr wichtig ist und wir im Gespräch mit Ihnen bleiben möchten.

Die GEW mahnt auch für das nächste Schuljahr die Einhaltung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für alle Beschäftigten an den Grundschulen an!

Seit Beginn der Corona Pandemie arbeiten alle Beschäftigten in den Schulen im Ausnahmezustand. Innerhalb kürzester Zeit mussten Konzepte entwickelt, alternative Unterrichtsmöglichkeiten gesucht und neue Wege des digitalen Lernens erschlossen werden.

Die Vorbereitung des Präsenzunterrichtes an den Schulen ab dem 04. Mai stellten Schulleitungen, Personalräte und Kolleg*innen vor besondere Herausforderungen: Abstandsregelungen und Einbahnwege im Schulgebäude markieren, Klassenräume nach möglichen Gruppengrößen überprüfen und die Hygienevorschriften in Absprache mit dem Träger und im Austausch mit dem SEB umsetzen. Schon hier zeigten sich Probleme durch zu kleine Klassenräume, Fenster, die nicht geöffnet werden konnten, fehlende Waschbecken und mangelnde Hygieneausstattungen in den Schultoiletten.

Eine umsichtige Personalisierung mit der ohnehin schon dünnen Personaldecke mit Rücksicht auf die zur Risikogruppe gehörenden Kolleg*innen wurde vorgenommen, damit mit den verbleibenden Beschäftigten die unterrichtliche Versorgung vor Ort gewährleistet werden konnte.

Der Spagat zwischen Präsenzunterricht, Homeschooling , Korrekturen und der Organisation der Notbetreuung ist den Kolleg*innen mit viel Einsatz, Kreativität und gegenseitiger Unterstützung gelungen. Immer mit dem Anspruch, auch die Schülerinnen und Schüler „mitzunehmen“, die aufgrund der häuslichen Situation, mangels digitaler Grundausstattung oder aus anderen Gründen benachteiligt sind.

Wo Homeschooling in digitaler Form nicht umgesetzt werden konnte, wurden die Schülerinnen und Schüler mit analogem Lernmaterial versorgt, oftmals durch Hausbesuche und telefonischer Rückkopplung. All das hat den Lehrkräften enorme Ressourcen abverlangt.

So wird derzeit deutlich, an welchen Stellen durch das Land nachgesteuert werden muss: die Weiterentwicklung der Schulbaurichtlinien, nötige Maßnahmen um die Grundschulen nicht nur im Rahmen des Digitalpakts arbeitsfähig für digital basierten Unterricht zu machen und für ausreichende personelle Ressourcen zu sorgen. Nun müssen mit Schulöffnung ab 25. Mai für die dritten und dann ab dem 08. Juni für die ersten und zweiten Klassen wieder Kräfte mobilisiert werden für die Entwicklung neuer Konzepte und die Umsetzung organisatorischer Maßnahmen. Hinzu kommt die erweiterte Notbetreuung. Eine Kontinuität in der Planung des Schulalltags ist so nicht möglich.

Die Grundschulen stehen in einem Spannungsbogen zwischen dem Einhalten der Hygieneregeln und dem Bedürfnis der Kinder nach sozialen Kontakten. Es besteht die Gefahr, dass sich Schulleitungen und Lehrkräfte bei dem Versuch, dem allem gerecht zu werden, überbelasten und „verbrannt“ werden“.

Wir begrüßen, dass das Bildungsministerium durch den Hygieneplan für die Schulen und mehrere Schreiben an die Schulleitungen zeitnah Regelungen getroffen und den Schulen Eigenständigkeit in der Organisation zugesagt hat.

Die Entscheidung der Schulöffnung ist nachvollziehbar, da wir uns alle wieder Normalität wünschen, sie ist allerdings auch sehr ambitioniert. Wir sehen Nachbesserungsbedarf und nehmen eine kritische Haltung ein: Ob die Schulöffnung für Eltern tatsächlich eine Entlastung und Schule von den Kindern als sozialer Ort bei nur wenigen Tagen Präsenzunterricht wahrgenommen wird, bleibt abzuwarten. Ebenfalls offen bleibt, inwieweit die Schulöffnung zu vermehrten Ansteckungsfällen führt, da Abstandsregeln insbesondere beim Schülertransport, in den Pausen und bei einer inklusiven Beschulung nicht durchgängig eingehalten werden können.

Wir fordern jetzt – oder Folgende Schritte müssen aus unserer Sicht dringend umgesetzt werden:

- Doppelbelastungen der Lehrkräfte durch Präsenzunterricht und Betreuung im Homeschooling auszuschließen.
- Entpflichtung der Schulleitungen vom Unterricht. Die Organisation der Schulöffnung ist eine Mammutaufgabe.
- Vertragsverlängerungen für alle Beschäftigten an Schulen und keine Rückabordnungen von Förderschullehrkräften, die an Schwerpunktschulen arbeiten.
- Die Umsetzung der Hygienemaßnahmen an Schulen an den „SARS-CoV-2-Arbeitsschutz-standard“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 16.04.2020 anzugleichen. U.a. wäre als Maßnahme zur Einhaltung des Mindestabstands das Aufstellen einer Plexiglaswand am Lehrerpult sinnvoll.
- Die Evaluation des Hygieneplans für die Planung des Schuljahres 2020/21, damit die Vorgaben des Schulgesetzes, der Grundschulordnung und der Schwerpunktschulkonzepte bezüglich der individuellen und inklusiven Beschulung erfüllt werden können.
- Wöchentliche Tests für alle Lehrkräfte und bei Coronafällen oder -verdacht in der gesamten Schule. Der Sicherheitsabstand kann in der Grundschule von den jungen Schülerinnen und Schülern nicht zuverlässig eingehalten werden. Hier hat das Land die Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beschäftigten und gegenüber den Schülerinnen und Schülern, deshalb sind diese Test zwingend durchzuführen.
- Mit den Überlegungen zur Planung des nächsten Schuljahrs zu beginnen unter Einbeziehung aller Beteiligten. Wir sehen darin eine Chance, durch die Organisation von Schule in Coronazeiten grundsätzliche Probleme im Bildungssystem anzugehen und zu verbessern und diese bald zu veröffentlichen.

- Wir fordern bei der Planung des nächsten Schuljahrs die unterschiedlichen Lebensverhältnisse und Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler im Blick zu haben und Hilfen und Unterstützung zielgerichtet anzubieten. Dabei soll Schule als Lebens- und Lernort gesehen werden, der den Lernenden die bestmögliche Bildung ermöglichen soll. Die Bildungsungerechtigkeit verstärkt sich durch die Coronakrise. Kinder mit Lernproblemen sind durch die Schulschließungen besonders betroffen. Es ist höchste Zeit, über die Schule der Zukunft nachzudenken und die Entwicklung voranzutreiben mit der notwendigen Unterstützung. Auch in diesem Punkt bekräftigt die GEW ihre nachdrückliche Forderung nach Chancengleichheit durch multiprofessionelle Teams vor Ort und entsprechende Konzepte. Sozialämter, Jugendhilfe und Schulen müssen Hand in Hand arbeiten. Möglichst zeitnah sollte ein Krisenmanagement mit Schulen und Interessensvertretungen ein gemeinsames Konzept entwickeln. Das Öffnen der Notbetreuung für benachteiligte Kinder ist bei Weitem nicht ausreichend. Es braucht eine intensive Förderung und Unterstützung da „wo´s brennt“ mit personeller, materieller und logistischer Unterstützung.
- Wir fordern die Entwicklung neuer Konzepte, die die Vorteile von digitalem und klassischem Lernen verbinden. Durch die Coronakrise wurde deutlich, dass digitales Lernen in der Schule angekommen ist und wir auf diesem Gebiet noch viel aufzuholen haben. Wir brauchen eine gute technische Ausstattung, passende pädagogische Konzepte und gute Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte, u.a. eine medienpädagogische Grundbildung. Alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sollten mit Laptops ausgestattet werden. Finanzschwache Elternhäuser müssen jetzt bei der Anschaffung notwendiger Endgeräte unterstützt werden.
- Wir fordern Kontinuität und Planungssicherheit für das nächste Schuljahr. Es ist zu klären, wie Benachteiligungen und Überforderungen vermieden werden, wie umfangreich Präsenzunterricht für welche Klassenstufen angeboten werden kann, welche Schwerpunkte in der Unterrichtsarbeit vorgesehen sind, wie die Belastungen gerecht verteilt werden.
- Die Zugehörigkeit von Lehrkräften zu einer Risikogruppe muss klar definiert sein. Art und Umfang des Arbeitseinsatzes der betroffenen Kolleg*innen muss eindeutig festgelegt werden.

Bei weiteren Überlegungen steht Ihnen die GEW Landesfachgruppe Grundschule für Gespräche gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Carmen Zurheide Martina Krieger

Vorstandsteam der Fachgruppe Grundschule, für die Fachgruppe Grundschule